

An

Antrag  
auf Gewährung einer  
Zuwendung für Maßnahmen  
nach den Nr. 2.1.1 - 2.2.3

Betr.:

Bezug:

## 1 Antragstellerin/Antragsteller

Name/Bezeichnung:			
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis		
Auskunft erteilt:	Name/Telefon (Durchwahl)		
Gemeindekennziffer:			
Bankverbindung:	Konto-Nr.	Bankleitzahl	
	Bezeichnung des Kreditinstitutes		

## 2 Maßnahme

Bezeichnung (Entwurf, Aufsteller):			
Durchführungszeitraum:	von/bis		

## 3 Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20..	20..	20.. und folg.
	in EUR		
1	2	3	4
3.1 Gesamtkosten			
3.2 davon grundsätzlich zuwendungs-fähige Ausgaben			
3.3 abzzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	./.	./.	./.
3.4 Zuwendungsfähige Gesamt-ausgaben	=	=	=
3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4)			
3.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch.....			
3.7 Eigenanteil			

#### 4 Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich (Maßnahme)	Zuweisungen/Zuschuss EUR	v. H. von Nr. 3.4
1	2	3
Summe		

#### 5 Begründung

- 5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen).
- 5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten).

#### 6 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragsstellerin/des Antragstellers.

#### 7 Erklärungen

Die Antragstellerin/der Antragsteller erklärt, dass

- 7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten,\*)
- 7.2 mit der Maßnahme zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr bereits begonnen wurde,\*)
- 7.3 sie/er geprüft hat, ob ein Ordnungspflichtiger zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann, und sie/er das Ergebnis der Prüfung aktenkundig gemacht hat (Ergebnis der Prüfung als Anlage beifügen),
- 7.4 sie/er zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt \*/berechtigt\* ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr.3.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- 7.5 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,
- 7.6 (außerdem bei juristischen Personen des privaten Rechts): sie/er davon Kenntnis genommen hat, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne § 264 Strafgesetzbuch i.V.m. § 1 Landessubventionsgesetz sind,

##### für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.1

- 7.7 die ihr/ihm bisher vorliegenden Unterlagen keine ausreichende Gefährdungsabschätzung ermöglichen

##### für Maßnahmen nach den Nrn. 2.1.1 und 2.1.2

- 7.8 sie/er die Voraussetzungen nach den Nrn. 3.1 oder 3.2.1 oder 3.2.2 erfüllt,\*)
- 7.9 die Altlablagerung oder der Altstandort wiedergenutzt werden soll,\*)

##### für Maßnahmen nach Nr. 2.1.2

- 7.10 eine Gefährdungsabschätzung vorausgegangen ist,\*)

##### für Maßnahmen nach den Nrn. 2.2.1 und 2.2.2

- 7.11 eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung vorgenommen wurde,\*)
- 7.12 eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung wegen Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr nicht vorgenommen werden konnte, aber eine ordnungsbehördliche Überwachungs- oder Sanierungsmaßnahme angeordnet wurde,\*)
- 7.13 sie/er die Voraussetzungen nach den Nrn. 3.1 oder 3.2.1 oder 3.2.2 erfüllt,\*)
- 7.14 die Maßnahme nach der bestehenden Nutzung notwendig ist,
- 7.15 von der Altlast eine Gefahr entsprechend den Nrn. 4.3.2.1 - 4.3.2.4 ausgeht,
- 7.16 die Voraussetzungen der Nrn. 4.3.3.1, 4.3.3.2, 4.3.3.3, 4.3.3.4 oder 4.6 vorliegen,\*)
- 7.17 die Voraussetzungen der Nrn. 4.4 - 4.4.4 vorliegen,\*)

**8 Anlagen**

- a) Erläuterung und genaue Beschreibung der beabsichtigten Maßnahme
- b) Kostenberechnung
- c) Zeitplan
- d) Gefährdungsabschätzung, Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplan\*
- e) Prüfergebnis nach Nr. 8.3
- f) ordnungsbehördliche Anordnung/Vergleich\*)
- g) Angaben zur kommunalen Planung für die Wiedernutzbarmachung\*)
- h) Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens
- i) Anlage 1 der "Vorläufigen Richtlinien über die Aufstellung von Dringlichkeitslisten für die Gewährung von Zuwendungen für die Sanierung von Altlasten" (RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 14.3.1985 - SMBL. NW. 74 -), sofern Maßnahmen nach Nr. 1.1.1 außerhalb der Dringlichkeitsliste beantragt werden.

.....  
(Ort/Datum)

.....  
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

**9 Kommunalaufsichtliche Stellungnahme**

- 1 Kommune ohne Haushaltssicherungskonzept (HSK)? ja/nein \*)
- 2 Maßnahme kann aus dem Haushalt finanziert werden? ja/nein \*)
- 3 Stellungnahme zur Haushaltsverträglichkeit bei Kommunen mit HSK:

.....  
(Ort/Datum)

.....  
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

**10 Ergebnis der Antrags-Prüfung durch das Staatliche Umweltamt (StUA)**

- 1 Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstiger Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den sich aus dem Förderzweck ergebenden fachlichen Anforderungen hinsichtlich der Gefahrenermittlung/-abwehr und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht\*). Die fachliche Stellungnahme wurde beigelegt.
- 2 Berechnung der Zuwendung:
  - a) Gesamtkosten ..... EUR
  - b) nicht zuwendungsfähige Ausgaben ..... EUR
  - c) zuwendungsfähige Ausgaben ..... EUR
  - d) der Höchstbetrag der Zuwendung beträgt bei einem Fördersatz von 80 v. H und wird als angemessen erachtet. ..... EUR

.....  
(Ort/Datum)

.....  
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

\*) Nichtzutreffendes streichen